

# B Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

64. Jahrgang / Heft 143 • www.ubv.at • April 2023

*Lege den Schlüssel zu deinem Glück niemals in die Tasche eines anderen*  
Verfasser unbekannt

## Bittere Ernte

Laut Landwirtschaftsminister erwirtschaftet der Sektor Landwirtschaft ein Gesamteinkommen von 2,7 Mrd. Euro. Dividiert man das durch die 420.018 Beschäftigten, kommt man auf einen Jahresverdienst von 6.428 Euro. Zieht man davon die SV-Beiträge ab, sind es gar nur noch 4.047 Euro pro Jahr und Person. Daher gibt es keinen Grund für Jubel – auch wenn sich damit der Stundenlohn von 5 auf 6,30 Euro erhöht. Doch das landw. Einkommen ist nominell auf dem Stand von 2011, real auf dem Stand von 2000. Trotz des enormen Rückgangs der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist das Einkommen eigentlich nie gestiegen. Dennoch begrüßt die Mehrheit der Bauernvertretung das Ergebnis der GAP neu. Da fragt man sich aber, warum die Interessensvertretung akzeptiert, dass Auflagen, Bürokratie und Kontrollen steigen, die Überwachung zunimmt, mehr Leistung gefordert wird und die Bauern weniger bekommen. Warum wird eine Herkunftskennzeichnung blockiert und Insekten in Lebensmitteln zugelassen? Warum beträgt das Agrarbudget der ÖVP/FPÖ-Regierung in OÖ nur 1,1 %, das der CSU/Freiwähler in Bayern jedoch 2,5 %?

Bitter: In Bayern haben sich Bauernverband und Energieunternehmen bei Enteignungen z.B. bei Stromleitungen pro 100 lfm auf 50.000 Euro geeinigt, während in OÖ die Entschädigungen bei Gericht ausgetragen werden.

Auch bitter: Finanziert aus bäuerlichen Mitgliedsbeiträgen wirbt die AMA, dass im Minutentakt kontrolliert und überwacht wird sowie 59 Betriebe schon ausgeschlossen wurden. Die Bauern erwarten sich aber, dass mit ihrem Geld ihre Leistungen beworben werden!

In diese verdrehte Welt passt auch, dass die die AMA nicht AMA-fähige Rinder zu Gütesiegel-Rindern (AGAP-Rinder) umwandeln darf – ganz im Sinne der Wirtschaft natürlich.

*KR ÖR Karl Keplinger,  
Bundesobmann UBV*



# Konsumenten hinterfragen Tierhaltung

Anbei ein paar Zeilen und Gedanken aus der Sicht eines Konsumenten, dem die Bauernfragen und die Tierhaltung nicht fremd sind.

Vor Kurzem stand wieder einmal die Tierhaltung am medialen Pranger, diesmal betraf es die eigenartigen Zustände bei der Geflügelschlachtung in einem Schlachthof. Wenn solche Berichte weiter so die „Massen-Medien“ dominieren, ist das so, wie wenn man Selbstmord mit Anlauf macht! Die Vertreter der Branchen Landwirtschaft und Verarbeitungsindustrie versagen in diesen Fragen offensichtlich total!

## Aussitzen? Geht nicht!

Man hat den Eindruck, dass zu viele handelnde Akteure meinen, man könne diese Ereignisse und die Berichterstattung dazu aussitzen! Aus meiner Sicht kann man gar nichts aussitzen, weil es heute ein Mediensystem gibt, welches nicht steuerbar ist.

## Dramatischer Paradigmenwechsel notwendig

Diese Berichte über fragwürdige Formen der Tierhaltung werden unseren Schweine- und Geflügelbauern das ökonomische Genick brechen, wenn man sich nicht zu einem dramatischen Paradigmenwechsel bei vielen Fragen zur Tierhaltung bzw. zur Landwirtschaft allgemein durchringt! Das betrifft die Haltungsformen, die Art der Schlachtung und insgesamt, wie man mit den Tieren umgeht.

Als Bauernbua ist mir das Schlachten vertraut. Wenn ich aber derart grausliche Fotos aus Schlachtbetrieben sehe, vergeht auch mir der Appetit auf Fleisch.

## Die Spielregeln müssen sich radikal ändern!

Die verlogene Diskussion über Tierhaltung und Tierleid verschärft diese For-

derung massiv. Neben den Themen Importwaren (dazu braucht es rigorose Kontrollen) und gleiche Produktionsbedingungen gehört auch, dass es einen neuen Weg bei der Verrechnung braucht. Jeder Unternehmer hat bei einer Rechnungslegung alle Kosten in seiner Rechnung drinnen, dazu einen Gewinnanteil. Bei den Bauern ist es in der Regel so, dass sie das bekommen, was übrigbleibt. Das kann so nicht funktionieren!

## Preisgestaltung muss fair sein

Eine korrekte Verrechnung am Beispiel Milch wäre: Der Bauern braucht zu den Produktionskosten von rund 50 Cent einen Gewinnaufschlag von zB 20 Cent. Dieses Modell muss für alle Sparten an Lebensmitteln gelten. Am Tisch zum Ändern der Spielregeln müssen die Bauern mit den Verarbeitern (die Verarbeitungsindustrie) und dem Lebensmittelhandel sitzen. Die Angst vor den Wettbewerbshütern ist unbegründet: Wenn die OPEC beim Erdöl über Fördermengen und Preis bestimmen kann, dann wird das bei Lebensmitteln umso mehr möglich sein. Das Ganze nennt man Spielregeln. Diese passen derzeit rein gar nicht.

## Regionale Wirtschaft stärken

In Zeiten, in denen die Versorgungssicherheit ein zentrales Thema ist, muss es eine staatliche Verpflichtung geben, die regionale Landwirtschaft zu stärken. Dazu braucht es die passenden Spielregeln. Das stärkt nicht nur die Souveränität des Staates, sondern auch die regionalen Volkswirtschaften. Abschließend: Wir verarbeiten bei unseren Produkten nur Fleisch aus Österreich, wodurch unsere Produk-

tionskosten deutlich über jenen von Mitbewerbern liegen. Wenn ich nun mit solchen Bildern aus der Haltung bzw. Schlachtung konfrontiert bin, da frage ich mich: Warum sollen wir noch Fleisch aus Österreich verwenden bzw. verarbeiten?

*Herzliche Grüße, Joschi*

## Herzliche Einladung zu UBV-Bauernstammtischen

Kurzvorträge geben Stoff für die anschließende Diskussion, jeder Interessierte ist willkommen

### Mittwoch, 19. April – UBV-Graz/Umgebung

8076 Vasoldsberg,  
Vasoldsberg 19  
Veranstaltungshalle Familie  
Taucher – Kohlbauerhof

### Donnerstag, 20. April – UBV-Graz/Umgebung

8063 Eggersdorf  
Maningweg 10  
Veranstaltungshalle Familie  
Taucher – Kohlbauerhof

### In Vorbereitung für Frühjahrstermine

Deutschlandsberg/Leibnitz:  
Josef Aldrian

Murau: Josef Gottlieb Wallner

Murtal: Josef Gottlieb Wallner,  
Georg König

Feldbach, Weiz: Martin Pfeifer,  
Werner Paar

Weiz, Hartberg: Johann Ilsinger

## Unzufriedenheit in der grünen Mark wächst – Interessensvertretung kommt dennoch nicht in die Gänge

Politische Arbeit zeigt sich in den Anträgen bei der Vollversammlung der LWK, in der letzten Sitzung wurden 6 Anträge eingebracht (s. Seite 8/9). Welche Miss-Stände und Unzufriedenheiten stecken dahinter?



Vertreten die UBV-Forderungen in der VV der LWK Steiermark: Die UBV Steiermark Landeskammerräte v.l. Josef Gottlieb Wallner, Hans Herbst, Obmann Johann Illsinger und Mag. Gerhard Mariacher

Der UBV ist mit der bisherigen Handhabung von eingebrachten Anträgen durch Bauern für Bauern nicht einverstanden. Die Vorgehensweise, wonach Anträge durch die Mehrheitsfraktion oft erst Monate später in einem Ausschuss behandelt werden, ist längst nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

Anträge sind dazu gedacht, dass bestehende Probleme rasch und schnell im Sinne der betroffenen Bauern - von welchen wir gewählt wurden - umgesetzt werden. Bei der von der Mehrheitsfraktion praktizierten Art und Weise beim Umgang mit Anträgen für die Bauern könnte man meinen, man sei der Erfinder von „Die Entdeckung der Langsamkeit“!

Einerseits verlangt man von den Bauern, dass sie dem ständig steigenden Wahnsinn am Beispiel Bürokratie schneller sein sollen, als die Zeit und dann arbeitet ihre Interessensvertretung zum Teil wie vor dem Zeitalter der elektronischen Medien.

Es ist höchst an der Zeit, dass die Landwirtschaftskammer nicht ständig hinter den wichtigsten Themen nachhechelt und wenn wo ein Problem entsteht so tut, als habe man davon bisher nichts gewusst oder noch nie davon gehört. Unsere Bauern brauchen für die unzähligen – durch die Politik geschaffenen schlechten bis untauglichen Spielregeln eine Interessensvertretung, die schnell, effizient und umgehend agiert!

### Unsere Verbesserungsvorschläge

- Jeder von einer Fraktion in der Landwirtschaftskammer eingebrachte Antrag ist bis zur nächsten Vollversammlung zu behandeln.
- Alle Anträge sind in der jeweils folgenden Vollversammlung zu besprechen und zu diskutieren.
- Idealerweise werden die Anträge 14 Tage vor der jeweiligen Vollversamm-

lung eingebracht und dann bei der Vollversammlung bereits diskutiert.

- Die eingebrachten Anträge sind für die Bauern/Kammermitglieder öffentlich auf der Website der LK Steiermark zur Kenntnis zu bringen. Die Kammermitglieder sollen zudem die Möglichkeit haben, Anträge mit einer elektronischen Wahl zu bewerten bzw. die Dringlichkeit zu bestärken. Dazu soll die Möglichkeit gegeben sein, dass Bauern auch direkt zu den Anträgen noch ergänzende Vorschläge einbringen können.
- Würden die Anträge bereits 14 Tage vor der jeweiligen Vollversammlung online stehen, dann hätte man bereits ein konkretes Feedback und ergänzende Stellungnahmen, sodass man – verstärkt durch die Bauern/Praktiker bei der Vollversammlung sinnvoll und gut informiert diskutieren kann.

# Lebensmittel haben Vorrang vor Strom

Wer von Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln spricht, der muss jene Flächen schützen, auf denen wir regionale Lebensmittel erzeugen können. Wir brauchen daher dringend einen Schutz für landwirtschaftlich genutzte Flächen vor dem Zugriff zur Aufstellung von Photovoltaik-Anlagen.

In vielen Regionen, insbesondere im Großraum Graz, entsteht derzeit ein massiver Druck, Agrarflächen aus der landwirtschaftlichen Produktion zu nehmen, um Photovoltaik Anlagen zu bauen. Damit ruiniert man alle Bauern in der Veredelungswirtschaft, die landwirtschaftliche Flächen benötigen sowie jene Betriebe, die im Feldgemüsebau ihren betrieblichen Schwerpunkt haben. Bei allem Verständnis für neue Wege in der Energiepolitik kann es nicht sein, dass unsere besten Böden nun auch noch mit PV-Anlagen zugestampft werden.

## Öffentliche Gebäude nutzen

Warum nutzt man nicht alle öffentlichen Gebäude? Oder alle zugestampften sogenannten Industriebrachen? Denn allein in diesem Bereich gibt es 13.000 Hektar, die nicht genutzt werden. Insgesamt spricht man sogar von bis zu 40.000 Hektar, die bebaut, aber ungenutzt sind?! Dort gehören diese PV-Anlagen errichtet!

## Stromquelle Parkplätze

Eine weitere Möglichkeit wären alle Parkplätze beim LEH oder generell in der Handelslandschaft! Photovoltaik-Anlagen heizen den Boden sowie die Umgebung massiv auf. Würde diese auf Flächen montiert werden, die sowieso schon versiegelt sind, dann wäre dies der richtige Ort.

## Landesrat schützt Koalition, nicht Bauern

Die jüngsten öffentlichen Aussagen am 2. Dezember 2022 in Graz von Agrar-

landesrat Seitinger vor Bundesminister Totschnig, „man könne Flächen für die Erzeugung von Lebensmitteln nicht gesetzlich schützen, denn in diesem Falle würde es keine Koalition mit der SPÖ im Landtag Steiermark geben und damit wäre die ÖVP nicht mehr in der steirischen Landesregierung“, zeigt deutlich auf: Es gibt ein gestörtes Verhältnis zum Eigentum. Einen Vertreter aller anderen Interessen, nur nicht jener der Bauern, kann man nicht ernst nehmen! Dann sollte der Herr Agrarlandesrat Seitinger sofort zurücktreten.

Für das Ziel erneuerbare Energien mittels Photovoltaik ist auch gesetzlich festzuhalten, dass die derzeit nicht genutzten Industriebrachen und sonstigen Brachen sowie bestehende und neu zu errichtende öffentliche Gebäude verbindlich für diese Ziele verwendet werden. Dazu schlagen wir folgende Reihenfolge vor:

## Hier ist Platz für PV

- Zuerst sind alle brach liegenden Industriebrachen sowie alle bereits befestigten Flächen, vor allem Parkplätze von z.B. Lebensmittelgeschäften, sowie alle öffentlichen Gebäude, Sportstätten usw. für die Errichtung von PV-Anlagen zu nutzen.

- Hierzu gibt es österreichweit tausende Hektar an Potentialflächen, die genutzt werden müssen, um wertvolle landwirtschaftliche Flächen zu verschonen.
- Es muss einen Schutz von Agrarflächen als ausgewiesene Vorrangflächen für die Erzeugung von Lebensmitteln geben.
- Wenn Agrarflächen für die Errichtung von PV-Anlagen ein Thema sind, dann müssen es in erster Linie Grenzertragsböden sein, die für PV-Anlagen Verwendung finden.
- Eine Ausweisung von Agrarflächen darf jedoch nur im Einverständnis mit dem jeweiligen Grundeigentümer erfolgen und nicht gegen dessen erklärten Willen.
- Beim Bau von PV-Anlagen auf Agrarflächen muss der Grundeigentümer immer eine Möglichkeit haben, als Betreiber mit aufzutreten. Es ist daher nicht akzeptabel, dass Bauern billig Grund abtreten sollen und beim Geschäft nicht wirklich mit dabei sind. Wer vom Landwirt als Energiewirt spricht, der muss auch die Möglichkeiten (auch hinsichtlich der Finanzierung) schaffen, damit die Bauern bei der Energiewende „mit im Boot“ sind!



*Es gibt genügend bebaute Flächen zum Aufstellen von PV-Anlagen, wertvolles Ackerland muss für die Nahrungserzeugung gesichert werden.*

- Hinsichtlich des Zeithorizontes braucht es einen konkreten Masterplan, nach dem innerhalb von längstens drei Jahren die notwendige Erneuerung und der für den Betrieb von PV-Anlagen notwendige Ausbau des erforderlichen Stromnetzes umgesetzt wird.
- Zur Finanzierung: Wer für Corona-Maßnahmen Milliarden Euro in die Hand nimmt, von dem kann man ebenso verlangen und auch einfordern, dass er bei der zentralen Frage der Energieversorgung – diese ist notwendig zur Sicherung der Produktion regionaler Lebensmittel (dies ist eine zentrale Aufgabe des Staates) – das notwendige Kapital für den Ausbau der PV-Anlagen in Form von langfristigen und günstigen Krediten bereitstellt. Diese zu gewährende Unterstützung zahlt sich bereits innerhalb von rd. 20 Jahren aus und stärkt darüber hinaus die regionale Wertschöpfungskette.

## GAP muss neu verhandelt werden

Während unsere Land- und Forstwirte durch abgehoben Technokraten von Brüssel bis nach Wien drangsaliert werden, importiert die EU über diverse Handelsverträge Lebensmittel aus allen möglichen Regionen dieser Welt als Gegengeschäft für den Export von technischen Produkten. Technologieexporte, vom Autozulieferer bis zum Turbinenbauer, kassieren so auf Kosten der Land- und Forstwirte Gewinne.

Das besonders Pikante bei den importierten Lebensmitteln ist der Aspekt,

dass für importierte Lebensmittel nicht die gleichen Auflagen gelten, wie man dies unseren Bauern zumutet. Wenn Bauernvertreter nun davon sprechen, dies seien die Regeln des Marktes und da könne man nichts dagegen unternehmen, dann haut dies dem Fass voller Ungerechtigkeiten den Boden aus. Das sind nicht Regeln des Marktes, sondern durch politische Akteure von Brüssel bis Wien erdachte Ungerechtigkeiten.

Der Kopf des Fisches stinkt jedoch bereits bei uns in Österreich. Wenn in Ös-

terreich bei jeder neuen GAP-Runde die perfiden Vorstellungen aus Brüssel noch verschärft werden, dann muss man öffentlich und laut die Frage stellen: „Für wen arbeiten die Systeme vom Ministerium und AMA abwärts bis zu den Strukturen in der Landwirtschaftskammer?“ Wie ist es möglich, dass Masthendl z.B. aus der Ukraine in Europa aus der Käfighaltung plötzlich hier bei uns als EU-Hendl im Lebensmittelhandel zum Verkauf angeboten werden? Ohne Auflagen hinsichtlich Tierwohl, Umwelt usw.

## Steiermark braucht Wassermanagement und Wasserwirtschaftsplan

Die Land- und Forstwirtschaft ist mit der aktuellen Entwicklung rund ums Klima und den damit einhergehenden Trockenperioden ohne Wasser in ihrer Existenz bedroht. Immer öfter macht man den Bauern Vorhaltungen, sie seien zuständig und tragen die Schuld für das wenig verbleibende Wasser in Flüssen, stehenden Gewässern und Seen.

So seien die Landwirte verantwortlich, dass der Grundwasserspiegel zu niedrig sei. Fakt ist, dass Wassergenossenschaften Wasser ohne Rücksicht auf ökologische Fragen aus dem Boden pumpen und damit am Beispiel Süd- und Südoststeiermark aus einer kleinen Region die ganze Südoststeiermark mit Wasser versorgen. Die Bauern sind nur die

Sündenböcke für diesen Missbrauch. Zur Sicherung der regionalen Lebensmittelproduktion braucht es einen konkreten Wasserwirtschaftsplan, welcher der Land- und Forstwirtschaft die Wassernutzung gesetzlich garantiert. Das gehört in den Verfassungsrang und muss für ganz Österreich gelten.

Angesichts der schlechten Klimaentwicklung hat der UBV hierzu bereits im Juni 2017! einen konkreten Antrag in die Vollversammlung der LK Steiermark eingebracht. Bis heute gibt es dazu keine Stellungnahmen und keinen Plan für die konkrete Wassernutzung durch die Landwirtschaft. Dafür gibt es Verbote ohne Ende für die Bauern zur Landbewirtschaftung, damit die unnatürliche Wasserent-

nahme von Wasserversorgern ohne Rücksicht auf Verluste stattfinden kann.

Wir fordern daher eine gesetzliche Regelung, dass alle bereits gebauten oder in Bau bzw. in Planung befindlichen Wasserrückhaltebecken so gebaut werden oder nachgerüstet werden müssen, dass sie Regenwasser oder Schmelzwasser permanent speichern können. Dieses Speicherwasser soll als Reserve für die Erzeugung von Lebensmittel durch Bauern genutzt werden können.

Weiters ist gesetzlich festzuhalten, dass man entlang der großen steirischen/österreichischen Flüsse Wasserspeicheranlagen baut, wo Wasser aus den Flüssen gespeichert werden kann.

# Landtagswahl am 29. Jänner

## – Fragen an die Spitzenkandidaten und Parteien

Der UBV übermittelte vor der Landtagswahl in NÖ Fragen an die Spitzenkandidaten aller kandidierenden Parteien und lud zur **Bauernhofbesichtigung** ein. Wir wollten dabei erfragen, wie die Parteien zu den wichtigen Fragestellungen der Bauern stehen. Nur die ÖVP hat nicht auf unsere Anfrage reagiert. Hier die Ergebnisse.

### 1) Abgeltung der Inflation – jedenfalls bei Ausgleichszahlungen?

**Ja:** SPÖ, NEOS, GRÜNE, MFG, DEIN ZIEL

**Schwammig/Jein:** FPÖ, KPÖ PLUS

**Sonstiges:** FPÖ – Entlastungspaket für die Landwirtschaft ohne konkrete Vorschläge

### 2) Gleiche Spielregeln in der Produktion bei Produkten im LEH

**Ja:** FPÖ, GRÜNE, KPÖ PLUS, MFG, DEIN ZIEL

**Schwammig/Jein:** NEOS, SPÖ

### 3) Maximal 100 % Preisaufschlag im LEH beim Handel mit Lebensmitteln

**Ja:** SPÖ, KPÖ PLUS, MFG, DEIN ZIEL

**Schwammig/Jein:** NEOS

**Nein:** GRÜNE

**Sonstiges:** FPÖ – keine Angabe, bei anderen Fragen, aber wo?

### 4) Stopp des unkontrollierten Handels mit Lebensmitteln – Kontrollen

**Schwammig/Jein:** SPÖ, NEOS, GRÜNE, KPÖ PLUS, MFG, DEIN ZIEL

**Sonstiges:** FPÖ – Preisdumpingverbot für AMA-Gütesiegel Produkte

### 5) Echte Leistungsabgeltung für von Bauern erbrachte Leistungen (was ist 1 ha Kulturland wert?)

**Ja:** SPÖ, NEOS, FPÖ, GRÜNE, MFG,

DEIN ZIEL

**Schwammig/Jein:** KPÖ PLUS

### 6) Abgeltung – Speicherung CO<sub>2</sub> & Produktion Sauerstoff durch Landwirte

**Ja:** SPÖ, NEOS, FPÖ, GRÜNE, MFG, DEIN ZIEL

**Schwammig/jein:**

**Nein:** KPÖ PLUS

### 7) Abgeltung aller Leistungen national, die nicht über GAP bezahlt werden

**Ja:** SPÖ, NEOS, FPÖ, MFG, DEIN ZIEL

**Schwammig/jein:** GRÜNE, KPÖ PLUS

### 8) System Agraratlas: Stopp der Bespitzelung der Land- und Forstwirte

**Ja:** FPÖ, MFG, DEIN ZIEL

**Schwammig/jein:** NEOS

**Nein:** SPÖ, GRÜNE, KPÖ PLUS

### 9) Sittenwidrige Verträge bei Mehrfachanträgen

**Ja:** SPÖ, NEOS, FPÖ, GRÜNE, MFG, DEIN ZIEL

**Schwammig/jein:** KPÖ PLUS

### 10) Landwirtschaftskammer - Wahlrechtsreform

**Ja:** SPÖ, NEOS, FPÖ, GRÜNE, KPÖ PLUS, MFG, DEIN ZIEL

**Schwammig/jein:**

### Mit allen lässt sich reden

Alle Parteien (mit Ausnahme der ÖVP) haben sich ernsthaft mit unseren Fragen auseinandergesetzt. Die deutlich überwindende Mehrheit der Parteien unterstützt mit einem klaren JA den Großteil der UBV-Überlegungen. Einige Überlegungen wurden abgelehnt oder eher sehr schwammig beantwortet. Manches ist aus unserer Sicht in nachfolgenden Gesprächen sicher auszudiskutieren. Dass sich die ÖVP diesen Fragen verweigert und dann telefonisch mitteilt, man könne eh immer über alles reden, beweist schon eine gewisse Abgehobenheit und fehlende Wertschätzung. Für die Bauern und unsere Mitglieder kann man festhalten: Mit guten, fachlichen Argumenten wird man mit allen Parteien für viele zentrale Fragen rund um eine verpfuschte GAP anders lösen können, als dies derzeit der Fall ist.

Unser Ziel sind daher Gespräche mit allen Parteien zu unseren Anliegen. Sachlich, konkret und zielorientiert wollen wir so politische Parteien dazu bewegen, die Spielregeln für uns Bauern dort zu verbessern, wo wir es noch im Land Niederösterreich oder auf Bundesebene tun können. Wir konnten mit unseren Fragen und den Antworten auch beweisen, dass der UBV mit ALLEN Parteien im Dialog ist, auch wenn nicht jede Partei es der Mühe wert findet, sich zu unseren Fragen äußern. Wir sind überzeugt, auch das wird sich ändern.

Die Fragen an die Parteien findet man als Download auf  
[www.ubv-niederoesterreich.jimdofree.com](http://www.ubv-niederoesterreich.jimdofree.com)

Foto: Die Grünen NÖ



**Bauernhofbesichtigung mit den Grünen**

Von links: Karl Breiteneder, Vize-Bürgermeister und zukünftiger Landtagsabgeordneter Dominik Hörlezeder, LAbg. Dr. Helga Krismer-Huber, UBV LKR Herbert Hochwallner, UBV LKR Hubert Buchinger, UBV BKR Leopold Sonnleitner



**Bauernhofbesichtigung mit der SPÖ**

UBV LKR Herbert Hochwallner (3. von links), Mag. Bgm. von St. Valentin Abgeordnete zum NÖ Landtag Kerstin Suchan-Mayr (4. von links) und UBV LKR Josef Handl.



**Bauernhofbesichtigung mit den NEOS**

UBV LKR Herbert Hochwallner und LAbg. Mag. Helmut Hofer-Gruber



**Bauernhofbesichtigung mit MFG**

Von links: Christine Lukaschek, Herbert Witt, UBV LKR Herbert Hochwallner



**Bauernhofbesichtigung mit Wolfgang Durst von DeinZiel**

UBV LKR Herbert Hochwallner und Wolfgang Durst



**Bauernhofbesichtigung mit der FPÖ**

Gemeinderat Josef Schönegger, zukünftiger Landtagsabgeordneter Alexander Schnabel, UBV LKR Josef Handl, UBV LKR Herbert Hochwallner, UBV LKR Hubert Buchinger, LAGB Ing. Mag. Reinhard Teufel (nach der Wahl Clubobmann)



**Bauernhofbesichtigung mit der KPÖ**

Von links: Michael Maderthaler, UBV LKR Herbert Hochwallner und UBV BKR Leopold Sonnleitner

## Unsere Anträge



**UBV Salzburg**  
**VV der LWK am**  
**3. März 2023**

### Antrag 1:

Um einen sehr guten Zuchterfolg zu gewährleisten, soll die Verwendung bzw. der Zukauf von konventionellen Zuchtkälbern bis zu einem Alter von acht Wochen uneingeschränkt im Bio-betrieb ermöglicht werden.

### Antrag 2:

Wir fordern für den uneingeschränkten Erhalt der Landesumweltanwaltschaft (LUA) in ihrer jetzigen Form und mit den gleichen Rechten einzutreten. Es gibt in Salzburg sonst keine Institution, die den Natur- und Klimaschutz im Behördenverfahren vertreten kann.

### Antrag 3

Mit der Intensivierung der Landwirtschaft steigt auch der Methanausstoß. Um dem entgegen zu wirken, wird den Bauern bis 2025 vorgeschrieben, offene Güllegruben, Spaltenböden und andere Methanausstoß fördernde Bauten abzudecken. Methanausstoß erfolgt aber nicht nur in der Landwirtschaft. Wir verlangen eine Erhebung, welche anderen Betriebe und Bereiche (z.B. Kläranlagen) auch am erhöhten Methanausstoß schuld sind, um auch in diesen Bereichen eine Reduzierung und Anpassung vorzuschreiben bzw. zu verordnen.

### Dringlicher Antrag

Man muss denken, dass es geradezu lächerlich ist, von der nächsten GAP eine Indexanpassung zu erwarten. Wenn man die Aussendung des Salzburger Bauernbundes liest, muss man davon ausgehen, dass die Bauern mit Geld überschüttet werden. Der Tiergesundheitsdienst erhöht die Mitgliedsbeiträge um 13%, weil diese angeblich an den Agrarpreisindex gebunden sind. Es ist alles an die Teuerung angepasst, nur die Ausgleichszahlungen bleiben

bei immer mehr Auflagen gleich oder werden weniger.

Der Salzburger Bauernbund möge in Zukunft nicht Fantasiazahlen unter die Leute bringen, sondern die Realität darstellen, um den Bauern in Zukunft ein vernünftiges Einkommen zu ermöglichen.

**Ergebnis:** Die Anträge wurden zugewiesen, der dringliche wurde abgelehnt



**UBV Oberösterreich**  
**VV der LWK am**  
**22. März 2023**

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert das zuständige Bundesministerium auf...

### Antrag 1

... dass jede in der Landwirtschaftskammer vertretende Fraktion einen Sitz mit beratender Stimme im Verwaltungsrat der AMA Marketing bekommt.

*Dafür: UBV*

*Dagegen: BB, Grüne, SPÖ und FPÖ*

### Antrag 2

... entsprechende gesetzliche Grundlagen und Verordnungen zu schaffen, dass ab dem Jahr 2021 entstandenes Dauergrünland jederzeit durch einfache Anzeige bei der entsprechenden Behörde wieder in den Ackerstatus versetzt werden kann und jederzeit als Acker genutzt werden kann.

... die dadurch eingesparten Mengen CO<sub>2</sub> GWP100 vollständig, in allen Belangen, als Einsparleistung der Landwirtschaft anzurechnen.

*Dafür: UBV, Grüne, SPÖ und FPÖ*

*Dagegen: BB*

### Antrag 3

... im Interesse der Konsumenten sich für eine eindeutige klare Kennzeichnung auf der Produktvorderseite von Lebensmittelverpackungen mit Zusätzen von Insekten oder deren daraus gewonnen Bestandteilen einzusetzen

und neben dem verpflichtenden lateinischen und allgemeinen deutschen Namen auch einen optischen Eyecatcher aufzudrucken.

Es soll damit erreicht werden, dass auf den ersten Blick klar ist, wo tierische Zusätze aus Insekten bei Lebensmitteln drinnen oder drauf sind. Andernfalls wird es nach unbewusstem Konsum bei der überwiegenden Zahl der Konsumenten zu einer Ekel- und Vermeidungsreaktion gegenüber dem unter höchsten Standards produzierten Lebensmittel kommen. Betroffen wäre in diesem Fall die nachhaltigste Form der landwirtschaftlichen Produktion – nämlich die regionale bodengebundene.

*Dafür: UBV, BB, SPÖ und FPÖ*

*Dagegen: Grüne*

### Antrag 4

... das Urteil des Landesgerichtes Ried vom 16.01.2023 über die Entschädigungskriterien anzuerkennen, auf eine Berufung zu verzichten und den betroffenen Bauern die Entschädigungen auszahlend.

*Dafür: UBV, SPÖ und FPÖ*

*Dagegen: BB und Grüne*

### Antrag 5

... sich für eine Beendigung des Schutzstatus des Wolfes einzusetzen. In Österreich sind eine bäuerliche Landwirtschaft und eine Wolfsansiedlung nicht vereinbar. Bis dahin soll in ganz Österreich die Tiroler Verordnung angewendet werden:

Text der Tiroler Verordnung:

- Abschuss nach dem ersten Übergriff auf ein geschütztes Tier
- Abschussverordnung anstatt Abschussbescheid
- Entnahmen auch möglich, wenn der Wolf die Biodiversität gefährdet
- Erlaubnis erweiterter technischer Hilfsmittel für Jäger bei der Durchführung der Abschüsse.

*Dafür: UBV, SPÖ und FPÖ*

*Dagegen: BB und Grüne*

### Antrag 6

... dass nur für die produktiven landwirtschaftlichen Nutzflächen plus Wald Sozialversicherungsbeiträge eingehoben werden.

*Dafür: UBV und FPÖ*

*Dagegen: BB, SPÖ und Grüne*



**UBV Steiermark**  
**VV der LWK am**  
**22. März 2023**

Die Vollversammlung der LK Steiermark fordert die zuständigen Stellen auf, ...

### Antrag 1

#### **Neuregelung – Behandlung von eingebrachten Anträgen durch die Fraktionen**

Die Geschäftsordnung zum Verlauf der Vollversammlung zu diesen Themen sollte abgeändert werden. Wir schlagen dazu eine offene, persönliche Abstimmung vor, damit man auch weiß, wer eine offene, rasche Diskussion und Umsetzung von Bauernanliegen will und wer lieber weiter im Hinterstübchen agieren will.

Ergänzend dazu schlagen wir vom UBV vor, dass die jeweiligen Berichte vom Kammerpräsidium und vom Agrarlandesrat 10 Tage vor der jeweiligen Vollversammlung schriftlich an alle Fraktionen bzw. Mitglieder übermittelt werden.

### Antrag 2

#### **Neuverhandlung - Nachverhandlung der GAP ab 2023**

... die GAP neu zu verhandeln, jedenfalls nachzuverhandeln. Das derzeit am Tisch liegende Papier ist unbrauchbar und ruiniert den Bauernstand. Wir wollen faire, gleiche Spielregeln, wie jede andere Berufsgruppe in diesem Land. Der vorliegende Beschluss zur neuen GAP garantiert keinen fairen Wettbewerb für die Bauern und ihre Erzeugnisse in Europa. Als Basis für die notwendigen Korrekturen bei einer Neuverhandlung finden sich die zentralen Punkte im offenen Brief ([www.ubv.at/downloads\\_stmk](http://www.ubv.at/downloads_stmk)) an Bundesminister Totschnig und die Präsidenten der

Landwirtschaftskammern zusammengefasst.

### Antrag 3

#### **Gesetzlicher Schutz von Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln – keine PV-Anlagen auf Acker und Grünland ohne konkrete Zustimmung der Eigentümer**

... einen gesetzlichen Schutz der landwirtschaftlichen Flächen für die Erzeugung von Lebensmitteln zu fixieren. Es braucht Vorrangflächen für die Erzeugung regionaler Lebensmittel. Nur so sichert man die regionale Versorgung mit Nahrung und schützt die Bürger vor Abhängigkeiten durch Importe. Für das Ziel erneuerbare Energien mittels Photovoltaik ist auch gesetzlich festzuhalten, dass die derzeit nicht genutzten Industriebrachen sonstigen Brachen sowie bestehende und neu zu errichtende öffentliche Gebäude verbindlich für diese Ziele verwendet werden.

### Antrag 4

#### **Eine Milliarde Euro für den Neu-/ Umbau von Tierwohlstallungen in der Schweinehaltung sowie Absatzgarantie für die in Tierwohl-Stallungen gehaltenen Tiere. Gleiche Spielregeln für alle im LEH vertriebenen Lebensmittel (auch alle Importwaren)**

... eine Investitionsmilliarde für den Umbau bzw. Neubau von Tierwohlstallungen - ausschließlich die Schweinehaltung betreffend - bereit zu stellen. Weiters werden beide Regierungen aufgefordert, die Spielregeln hinsichtlich „Handel mit Lebensmitteln“ so zu gestalten, dass nur mehr solche Lebensmittel aus tierischer wie pflanzlicher Erzeugung im LEH (Lebensmitteleinzelhandel) verkauft werden dürfen, welche die gleichen Auflagen bei der Produktion erfüllen, wie dies bei uns seitens der EU, der Republik Österreich sowie durch Medien, dem LEH und von diversen NGOs täglich gefordert wird.

### Antrag 5

#### **Wasserwirtschaftsplan mit Was-**

#### **serrecht für die Land- und Forstwirtschaft.**

... umgehend einen Wasserwirtschaftsplan zu erarbeiten, der gesetzlich im Verfassungsrang der Landwirtschaft die Nutzung des Wassers für die regionale Erzeugung von Lebensmitteln sichert.

Dazu soll auch gesetzlich festgeschrieben werden, dass alle bereits gebauten oder in Bau bzw. in Planung befindlichen Wasserrückhaltebecken so gebaut werden oder nachgerüstet werden müssen, dass sie Regenwasser oder Schmelzwasser permanent speichern können. Dieses Speicherwasser soll als Reserve für die Erzeugung von Lebensmittel durch Bauern genutzt werden können.

Weiters ist gesetzlich festzuhalten, dass man entlang der großen steirischen/österreichischen Flüsse Wasserspeicheranlagen baut, wo Wasser aus den Flüssen gespeichert werden kann.

### Antrag 6

#### **Teuerungs - Entlastungsausgleich**

... eine langfristige Maßnahme zur Stärkung und Weiterentwicklung der Bauern eine nicht rückzahlbare Investitionsförderung je Mitarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft in der Höhe von 1.500 Euro für 12 Monate = 18.000 Euro umzusetzen. Mit einem gesamten Investitionsvolumen als Förderung von rund 7,2 Milliarden Euro (Das sind 2 x die Gehaltserhöhungen bei den Beamten ohne Investitionsverpflichtung in Österreich) schafft man einen entscheidenden Impuls im ländlichen Raum. Die nicht rückzahlbare Investitionsförderung wird innerhalb von maximal 2 Jahre ausbezahlt – ausschließlich für Investitionen in Österreich bzw. mit österreichischen Partnern und gilt rückwirkend ab 2020. Diese Investitionsförderung löst in weiterer Folge bis zu 18 Milliarden Euro an Investitionen innerhalb von 3 Jahren aus. Das ist genau der notwendige Schub für den ländlichen Raum, welchen dieser dringend braucht.

## Situation in der Landwirtschaft vor Wahlen

Vor einer Wahl (in Salzburg Landtagswahl) wird die Realität ausgehebelt und alle Träume werden wahr, ganz egal um was es auch geht, die politischen Parteien können alles.

Die Strategen des Salzburger Bauernbunds glauben ganz fest daran, dass die Bauern die dümmste Bevölkerungsgruppe in Salzburg sind. Sonst würden sie nicht mit Zahlen werben, die für jeden normal Denkenden als total übertrieben, falsch oder einfach erfunden empfunden werden. Derzeit wird die Landwirtschaft nur auf der Einnahmenseite dargestellt und die ist ja SO positiv, nämlich so ähnlich wie vor 20 Jahren. Die Ausgabenseite wird einfach nicht angesprochen, und da-

durch kann man das Dilemma ganz gut kaschieren.

In den Aussendungen des Bauernbundes werden für die GAP (gemeinsame Agrarpolitik, also alle Bauerngelder) jährlich 2,6 Milliarden der Landwirtschaft zugeschrieben, tatsächlich sind es nur 1,6 Milliarden, also alles Lüge! Der Strompreis und die Energiepreise sind durch den heroischen Einsatz der Politik nicht so stark gestiegen, und durch die diversen Zuschüsse sind Strom und Energie NUR DOPPELT so teuer.

Die Bauern werden laut Bauernbund-Aussendungen mit Geld geradezu überschüttet. Die Bauern müssen

sich in der Diskussion mit anderen Bevölkerungsgruppen Gelder zuschreiben lassen, die sie überhaupt nicht bekommen. Das alles wegen Bauernbund-Falschinformationen und den Wahlen.

*Josef Tiefenbacher*



## Vollversammlung der Salzburger Landwirtschaftskammer am 3. März 2023

In der Vollversammlung herrschte an diesem Tag eine gedrückte Stimmung, da wir vom plötzlichen Tod der Tochter von Präsident Quehenberger erfahren haben. Der UBV-Salzburg wünscht der Familie Quehenberger ganz viel Kraft, um diesen schweren Schicksalsschlag bestmöglich zu bestehen.

### Kenntnisstand minimal

In der Vollversammlung wurden die neu eingebrachten Anträge an die Ausschüsse verwiesen bzw. der dringliche Antrag des UBV bezüglich falscher Zahlen vom Bauernbund abgelehnt. Beim Bericht des Präsidenten, den der Vize-Präsident Wagner vortrug, stellte sich einmal mehr heraus, dass der Vize keine Ahnung von vielen der präsentierten Zahlen hat.

Anschließend informierte DI Stefan Hörtenhuber von der BOKU in Wien von seiner Studie, die die LWK-Salzburg in Auftrag gab „Ökobilanz und Ökosystemleistungen der Salzburger Landwirtschaft“. Das Ergebnis war für uns vom UBV: Was Genaues weiß man nicht, aber die Salzburger Landwirtschaft ist Spitze.

### Parteipolitik vor Sachpolitik

In den folgenden Berichten aus den Fachausschüssen wurden ein Antrag des Bauernbundes, drei Anträge der Freiheitlichen Bauern und sieben Anträge des UBV diskutiert. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sind oft sehr witzig, weil einfach nur Parteiolitik gemacht wird. Das bedeutet, dass fast alles, was nicht vom Bauernbund

kommt, zur Kenntnis genommen - und dann vergessen wird.

Nach vier Stunden oft mühsamer Diskussionen wurde die Vollversammlung mit der Erkenntnis geschlossen: „Wenn der Präsident und der Landesrat nicht bei der Sitzung sind, ist der Wissensstand beim Bauernbund verheerend schlecht“.

*Stefan Weiß*



## „Divide et impera“ - Teile und herrsche

Ich engagiere mich für die Anliegen von uns Bauern, weil ich mit Leib und Seele Landwirt bin und dies auch bleiben möchte. Von größter Bedeutung wäre es, wenn dieses Berufsziel auch für unsere Kinder noch erstrebenswert bliebe. Sieht man sich den Werdegang unserer Gesellschaft an, müsste man früh genug damit beginnen, sie davon abzubringen. Natürlich nur zum Wohle unserer Kinder, nicht zum Wohl der restlichen Bevölkerung, denn die wird erst erkennen, was sie an uns hatte, wenn es uns nicht mehr geben wird. Fakt ist, dass die Gesellschaft gekonnt manipuliert wurde. Grenzenloser Kon-

sum á la „Geiz ist geil“ hat sich durchgesetzt. Die Wenigsten sehen den Mehrwert unserer Arbeit, sprich die Erzeugung hochwertigster Lebensmittel, sowie die Pflege der Kulturlandschaft. Wir Landwirte sollten mit einem guten Beispiel vorangehen, was bedeutet, dass nicht Egoismus, Neid und Missgunst, sondern eine funktionierende, unterstützende Gemeinschaft das Ziel sein sollte. Bemühen wir uns, auch überparteilich an einem Strang zu ziehen und nicht nur mit Scheuklappen durch die Welt zu laufen.

*KR Ing. Paul Pree*



## Erwerbskombination:

### Spagat aus finanzieller Notwendigkeit und Überlastung

Leider wird es aus wirtschaftlichen Gründen immer häufiger notwendig (auch bei größeren Betrieben), sich ein weiteres Standbein für den Fortbestand des Hofes zu suchen. Wird

einem außerlandwirtschaftlichen Beruf nachgegangen, müssen die Arbeiten in der Landwirtschaft verstärkt auf das Wochenende verlagert werden. Für die Firmen macht es KEINEN Unterschied, ob man „nur“ angestellt ist oder nach Dienstschluss mit seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit beginnt. Darunter leiden Familienleben und Lebensqualität. Ein weiteres Standbein ist die Direktvermarktung, wo neben einem meist sehr großen Arbeitsaufwand ein Großteil der zusätzlichen Einnahmen durch die hohen Hygienestandards, Investitionskosten und zusätzlichen Sozialversicherungsabgaben wieder verschlungen wird. In OÖ werden mittlerweile 40 % der Betriebe von Frauen geführt: durch den Strukturwandel versuchen viele Betriebe fehlendes Einkommen auch über „Urlaub am Bauernhof“ und vieles mehr zu generieren. Leider bleibt diese zusätzliche Arbeitsbelastung oft an den Bäuerinnen hängen, die ohnehin schon Allrounderinnen in ihrem Beruf

sind. Der permanente Druck und die Überlastung führen dann zu gesundheitlichen Problemen. Durch die vielen Standbeine erscheinen manche Landwirte fast wie „Tausendfüßler“. Darum ist es umso wichtiger, dass auch in der Landwirtschaft wieder ein EINKOMMEN zum AUSKOMMEN erwirtschaftet wird. Oder kennst du eine andere Berufsgruppe, deren Beschäftigte z.B. in der Nacht Winterdienst machen, um sich den Betrieb einer Kanzlei oder Arztpraxis leisten zu können?

*Manfred Mairhofer, Mitglied im LK-Ausschuss für Erwerbskombination und Direktvermarktung, OÖ*



*Mit Rindern lässt sich die Landschaft offen halten. Rinderhaltung bedeutet Landschaftspflege, die oft im Nebenerwerb geleistet wird.*



## Kaum zu glauben, das so etwas möglich ist

Laut Ammoniakreduktionsverordnung sind Behälter zur Lagerung von flüssigem Wirtschaftsdünger, also offene Güllegruben ab 240 m<sup>3</sup>, ab 1. Jänner 2028 mit einer Abdeckung auszustatten. Diese Verordnung ist mit 1. Jänner 2023 in Kraft getreten.

### Thema Gülleabdeckung

Bei der Vollversammlung am Dezember 2022 wurde von der Kammerführung eine Resolution an die Kammervollversammlung vorgelegt, wo das Abdecken von offenen Güllegruben abgelehnt wird. Über diesen Inhalt ließ man die Kammervollversammlung abstimmen.

Diese Resolution wurde dann an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Mit großer Verwunderung wurde dann

festgestellt, das mit Datum 24. Jänner 2022 ein Scheiben des zuständigen Ministeriums auftauchte, in dem dieses festhält, dass die gegenständliche Verordnung über zwei Jahre lang unter Einbindung Landwirtschaftskammer verhandelt wurde und im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft erlassen wurde.

Also, professionelle Interessensvertretung sieht anders aus.

### Angst vor der Wahrheit

Es ist doch fast eine FRECHHEIT, dass sich Mitarbeiter der Kammerführung davor hüten, die Wahrheit zu berichten, nämlich dass die Zustimmung zu einer Verordnung erfolgt ist und man dann als scheinheilige Aktion die Kammervollversammlung mit bedeutungslosen

Aktionen im Nachhinein beschäftigt. Zu denken sollte und auch folgendes geben: Betreffend Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie hat die Wirtschaftskammer im Vorfeld einer gesetzlichen NORM, alles unternommen, um diese zu verhindern. Denen dürfte klar sein, das man Handeln muss, bevor etwas gültige Rechtsnorm wird.

Heimo Urbas



## UBV Tirol

### 1. Landesverbandstag

Der UBV Tirol lud Ende Jänner zum 1. Landesverbandstag ins Hotel Café Zillertal in Strass im Zillertal ein. Die Landesgruppe Tirol wurde erst 2021 wiedergegründet und erreichte bei der letzten Landwirtschaftskammer-Wahl auf Anhieb zwei Mandate. Wichtige Forderungen sind etwa die Abgeltung der Inflation oder die echte Leistungsabgeltung für Kulturlandschaftspflege. Landesobmann Alfred Enthofer begrüßte unter anderem Clubobmann der Liste Fritz, LA Mag. Markus Sint, der im Laufe der Versammlung einen Gastvortrag über den Ausverkauf Tirol sowie über legale und illegale Freizeitwohnsitze hielt. „Mein Appell: Grund und Boden ist nicht vermehrbar. Wir müssen sorgsam damit umgehen, denn wer Grund und Boden hat, hat die Macht“, sagt Sint.

Zu bekritteln gab es für Obmann Alfred Enthofer Einiges: „Ein großer Punkt für

uns: In den Vollversammlungen der Landwirtschaftskammer wurden unsere Anträge leider nie behandelt. Wir werden auf jeden Fall darauf drängen, dass sich das in Zukunft ändert!“ Für 2023 will Enthofer in jedem Bezirk ei-

nen Bauernstammtisch veranstalten. Zum Abschluss gab Unternehmer Mag. (FH) Ing. Josef Kaltenegger den Anwesenden Einblick in die Arbeit des Österreichischen Unabhängigen Bauernverbandes.

Alfred Enthofer



Obmann Enthofer hatte Vertreter des Bundesvorstandes zu Gast, von links: Ludwig Guggenbichler, Michael Kröll, Alfred Enthofer (Landesobmann Tirol), Anna Klammer (Bundesbäuerin), ÖR Karl Keplinger (Landesobmann OÖ und Bundesobmann, ÖR Johann Großpötzl (Organisationsreferent) und Herbert Hochwallner (Landesobmann NÖ)

## Ein fragwürdiger Alleingang

In der von der Raiffeisen Ware Austria AG herausgegebenen Zeitschrift „Unser Land“ (Nr. 1-2/2023) wurde ein Kommentar von Reinhard Wolf, dem Generaldirektor der RWA, mit der Überschrift „Herausforderungen der Zukunft gemeinsam lösen“ veröffentlicht.

Dabei geht es um die zentrale Frage: Wie kann künftig die Versorgungssicherheit und der Bedarf nach deutlich mehr bei gleichzeitiger Ressourcenschonung gewährleistet werden?

Nach Ansicht des Generaldirektors gibt es dazu drei Lösungsansätze, die hier in leicht gekürzter Form wiedergegeben werden:

- Digitalisierung, deren Nutzung Effizienzsteigerung und Präzision ermöglicht.
- Neue Lösungsansätze im Betriebsmittelbereich, wie z.B. neue Wirkstoffe, effiziente Wasserbewirtschaftung und der gezielte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern – sowohl ökologisch als auch ökonomisch.
- Züchtung: Klimafitte Pflanzen mit höherem Ertragspotenzial und gezieltem Einsatzzweck sind das übergeordnete Ziel. Die Gentechnik ist in Europa nach wie vor gesellschaftlich stark stigmatisiert. Das CRISPR/Cas-System (die sogenannte „Gen-Schere“) ist ein goldener Mittelweg und ihre Zulassung ein Gebot der Stunde.

### Gentechnik mehrheitlich abgelehnt

Diese drei Ansätze werden aktiv von der RWA und den Lagerhaus-Genossenschaften verfolgt, damit wir Lösungen für alle finden – ganz im Sinne des uralten genossenschaftlichen Förderauftrags: „Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele!“

Für mich als langjähriges Genossenschaftsmitglied stellt sich folgende Frage:

Wie kommt der Generaldirektor der RWA dazu, einseitig Position für die Anwendung der „Neuen Gentechnik“

zu beziehen, wo doch die Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern (Genossenschafter) den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ablehnt? Für Bio-Betriebe ist Gentechnikfreiheit zwingend (existenziell).

Der Hinweis, dass die „Neue Gentechnik“ einen goldenen Mittelweg darstellt, entspricht nicht dem aktuellen Stand der Wissenschaft und nicht der diesbezüglichen Regelung innerhalb der EU.

### Stärkerer Eingriff möglich

Dazu sei folgende Stellungnahme von Annemarie Volling, Referentin für gentechnikfreie Landwirtschaft bei der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (ABL), aus „Der kritische Agrarbericht 2022“ zitiert:

„Neue GVO sind nicht mit der konventionellen Züchtung einschließlich Zufalls-Mutagenese vergleichbar, denn gerichtete Mutagenese kann die Ein-

griffstiefe in den Organismus erhöhen und sie können sehr viel weitergehende Veränderungen im Erbgut hervorrufen als bisherige Verfahren. Sie können Veränderungen in besonders geschützten Regionen des Erbguts erzeugen, die für bisherige Techniken nicht zugänglich waren ... Die Techniken sind neu, es gibt bislang keine systematischen Risikountersuchungen. Zu behaupten, sie seien sicher, ist wissenschaftlich unseriös und widerspricht dem Vorsorgeprinzip.“

### Bauern einbeziehen

„Herausforderungen der Zukunft gemeinsam lösen“ – ein schöner Titel, aber unvollständig. Es müssten die Worte „ganz im Sinne des Raiffeisenkonzerns“ angehängt werden, denn die Bäuerinnen und Bauern wurden dazu gar nicht gefragt.

Erich Zahnt



Fotos: kws

Mit genetischen Analysemethoden (ist nicht Gentechnik) lässt sich auch in der konventionellen Züchtung schon sehr früh erkennen, ob die gewünschten Eigenschaften wirklich vorhanden sind. Das spart Zeit und senkt den Züchtungsaufwand.

## Wir gratulieren

Hans Großpözl zur Auszeichnung und Würdigung durch den Landeshauptmann. Nach Gerhard Nowotny, dem langjährigen Bundes- und Landesobmann sowie Landesammerrat, ist Hans der zweite, der vom Landeshauptmann für seine Arbeit geehrt wird. Hans Winklehner, einer der mit seinem Einsatz und mit seinem Wissen auch uns in Niederösterreich in einer schwierigen Zeit beistand, gratulieren wir zu seiner Auszeichnung. Damit wird seine Arbeit im Dienste der Bauern geehrt, in einer für alle schwierigen Zeit.

## Einige Gedanken zum OÖ Landesverbandstag

Vor 30–40 Jahren war es mir manchmal vergönnt, am OÖ. Landesverbandstag teilzunehmen. Es haben sich die Zeiten und auch Gott sei Dank Frauen und Männer gefunden, die die Idee weitertragen. Gut gefallen hat mir, dass jeder Landesammerrat einen Bericht gegeben hat. So es ist für jedes Mitglied übersichtlich, was und wie in der Landwirtschaftskammer gearbeitet wird. Erfreulich war auch die Anwesenheit von Funktionären aus den anderen Bundesländern, die eine Verbundenheit bekundeten.

Was mich als alten Funktionär und Kämpfer jedoch störte war, dass mit keinem Wort die EU-weiten Bauernproteste erwähnt wurden, weder vom Bundesobmann noch vom bayrischen Gastredner. Das sind Bauern, die Tage und Wochen lang auf der Straße unterwegs sind, um manches, was von der EU-Bürokratie mit der neuen GAP-Verordnung auf alle zukommt, abzuwenden. Da stört es mich schon, dass weder eine Solidaritätsnote noch ein bekennder Aufruf ergangen ist.

Josef SCHMIDT

## Literaturtipp



ISBN 978-3-7020-2016-3

Hans Meister

**LANDWIRTSCHAFT NEU DENKEN**  
**Fünf Jahrzehnte**  
**„Bauernsprecher“**

160 Seiten, 15 x 23 cm, Hardcover

€ 20,00

Bezug über Bücherquelle

**Stocker-Verlag**

Tel. 0316/821636-111/112

office@buecherquelle.at

www.buecherquelle.at

**Vorsicht: Dieses Buch kann Ihre Sicht auf die Landwirtschaft verändern!**

Er ist einer, der die Landwirtschaft kennt – in allen Facetten. 45 Jahre lang war Hans Meister der „Bauernsprecher“. Der Südsteirer erlebte die Entwicklungen der Landwirtschaft in den letzten fünf Jahrzehnten hautnah mit: das Höfesterben, die Flucht in die Größe, die zunehmende finanzielle Abhängigkeit. In seiner 14-tägigen Kolumne deckte der Agrarjournalist auf, was auf den Bauernhöfen Sorgenfalten hervorrief. Er sprach an, was andere nicht so gerne an die große Glocke hängen wollten. Immer setzte sich der Bauernsohn für die Anliegen der Landwirte ein.

In diesem Buch fasst Hans Meister die Essenz seiner beruflichen Erfahrungen zusammen. Er stellt Fragen, die neue Denksätze ermöglichen. Er zeigt auf, wovon wir gerne die Augen verschließen. „Landwirtschaft neu denken“ ist

kein Buch für Unterhaltungssuchende – es bietet die Chance, den eigenen Standort zu bestimmen und die Segel neu zu setzen.

Dabei nimmt der Autor ebenso Bezug auf den Weltagrarbericht oder den Nationalen Wohlfahrtsindex wie auf die Frage: „Haben wir die falschen Erfolgskriterien?“ Er wirft einen kritischen und unabhängigen Blick auf das landwirtschaftliche Gefüge. In bekannter „Bauernsprecher“-Art nimmt er dabei kein Blatt vor den Mund.

Anhand von persönlichen Erlebnissen und beispielhaften Geschichten nimmt der Autor den Leser mit auf eine Gedankenreise. Mit Zitaten, hinterlegt mit doppelseitigen Bildern, unterbricht das Buch bewusst den Lesefluss. „Landwirtschaft neu denken“ ist kein klassisches Lesebuch – vielmehr ist es ein Leitfaden, der die Weiterentwicklung der Landwirtschaft im Allgemeinen, aber vor allem die Zukunft der Bauernfamilien, positiv beeinflussen will.

# UBV-Studienreise in die Niederlande

## DIENSTAG, 15. – SAMSTAG, 19. AUGUST 2023

**Die angekündigte Reise nach Schottland kommt leider nicht zustande, dafür bietet der UBV eine fachlich und touristisch interessante Reise in die Niederlande an.**

### Programm

#### 1. Tag, Dienstag, 15. August

- Abfahrt von Wels
  - Fahrt über Regensburg, Nürnberg, Frankfurt aM nach Köln (ca. 750 km)
  - Besichtigung eines Milchviehbetriebes auf der Strecke
  - Abends Spaziergang durch das Zentrum von Köln, Abendessen und Nächtigung
- Mitten im Herzen Europas schmiegt sich Köln an die Ufer des Rheins und empfängt Besucher mit historischen Bauten aus der über 2.000-jährigen Geschichte. Bereits die Römer haben sich hier angesiedelt. Die bekannteste Sehenswürdigkeit der Stadt ist zweifelsohne der Kölner Dom, der herrschaftlich über die Dächer der Stadt wacht.*

#### 2. Tag, Mittwoch, 16. August

- Frühstück im Hotel
  - Besichtigung eines Milchviehbetriebes in Velden (90 ha, davon 50 ha Eigentum, 110 Milchkühe 100 Jungvieh)
  - Besichtigung eines Champignon-zuchtbetriebes in Horst
  - Weiterfahrt nach Amsterdam
- Amsterdam gilt als eine der schönsten Metropolen Europas. Die zahlreichen Kanäle (Grachten) und die darüber führenden Brücken verleihen der Stadt ihr typisches Aussehen.*
- Grachtenrundfahrt in Amsterdam
- Amsterdam liegt an der Mündung der Amstel und der IJsselmer. Amsterdam ist durch den Nordsekanal mit der Nordsee verbunden, mit einem Damm gegen Überschwemmungen geschützt und von zahlreichen Grachten durchzogen.*

- Abendessen und Nächtigung im Raum Amsterdam

#### 3. Tag, Donnerstag, 17. August

- Besuch des Anne Frank Hauses
- Das ehemalige Versteck, der Ort, an dem Anne Frank ihr Tagebuch schrieb, ist heute ein bekanntes Museum. Es informiert über das Schicksal der acht Untergetauchten und der Menschen, die ihnen während des Kriegs geholfen haben. Unter den ausgestellten Originaldokumenten befindet sich auch Anne Franks Tagebuch.*
- Besichtigung von Heineken Experience in Amsterdam
- Die Heineken Geschichte begann vor mehr als 140 Jahren, als Gerard Adriaan Heineken eine kleine Brauerei im Herzen von Amsterdam erwarb. Die Geschichte von Heineken steht seit jeher unter einem guten Stern. Genauer gesagt unter dem roten Stern, der auch das Logo ziert. Durch seine vielfach ausgezeichnete Qualität eroberte Heineken in kürzester Zeit den gesamten Globus. Heineken besitzt mehr als 119 Brauereien in mehr als 65 Ländern.*

#### 4. Tag, Freitag, 18. August

- Abfahrt um 6:30, Besuch der Blumenversteigerung in Aalsmeer (nur Eintritt, keine Führung)
- Das Versteigerungsgebäude erreicht mittlerweile nach mehreren Erweiterungen eine Größe von über 715.000 m<sup>2</sup>, das entspricht einer Fläche von fast 125 Fußballplätzen.*
- Fahrt nach Rotterdam
  - Fahrt auf den Euromast, hier hat man einen herrlichen Blick auf Stadt Rotterdam

*Die Weltstadt Rotterdam lässt sich gerne von oben her bewundern. Die Fahrstühle des Euromasts befördern die Gruppen in Rekordtempo zu den Aussichtsplattformen. Von dort sieht man die Häfen in ihrer ganzen Größe, die Skyline und die berühmten Brücken. Bei klarem Wetter kann man 30 km weit sehen.*

- Hafensrundfahrt in Rotterdam
- Rotterdam ist nach Amsterdam die zweitgrößte Stadt der Niederlande und besitzt verkehrstechnisch große Bedeutung durch den größten Seehafen Europas.*
- Fahrt nach Frankfurt am Main, dort Abendessen und Nächtigung.

#### 5. Tag – Samstag, 19. August

- Stadtbesichtigung von Frankfurt, anschl. Heimfahrt nach Österreich

#### Leistungen

- Transfers im Reisebus laut Programm
- 4 x Nächtigung/Frühstück in guten Mittelklassehotels auf Basis DZ/DU/WC
- 4 x Abendessen
- Gebühren für die landwirtschaftlichen und touristischen Betriebsbesichtigungen lt. Programm
- Organisation des landwirtschaftlichen und touristischen Besichtigungsprogrammes
- AGRIA-Reisebegleitung

Preis pro Person (derzeitige Preisschätzung, Tarifstand 2. März 2023, ab 25 Zahlenden): 1.225 Euro  
Einzelzimmerzuschlag: 250 Euro

**Anmeldeschluss: 2. Juni 2023**

Anmeldung und weitere Infos unter:  
[office@ubv.at](mailto:office@ubv.at) oder 0650 26 24 245

# Wer anschafft muss auch zahlen

Zwei Jahre arbeiteten Mitarbeiter von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium, Landwirtschaftskammern, Forscher aus Raumberg-Gumpenstein und des Umweltbundesamtes an den Maßnahmen zur Zielerreichung der NEC-Richtlinie. Landwirtschafts- und Umweltministerium entschieden dann, eine Abdeckpflicht für Güllegruben ab 2028 einzuführen. Die Maßnahmen wurden dabei aus Sicht der Tierhaltung nicht sachlich abgewogen. Dadurch werden allein bei den bestehenden Anlagen Investitionskosten von mehr als einer Milliarde Euro anfallen und relativ wenig Einsparung erreicht. In anderen EU-Regionen (z.B. Bayern) ist die Abdeckung nur für Neubauten verpflichtend. Auch für Kläranlagen sind in Österreich keine Abdeckungen nötig. Wer hat hier für die

Bauern verhandelt und deren Interessen vertreten? Sollte der gesetzliche Bestandsschutz für bestehende und genehmigte Bauten bei den Bauern nicht gelten und damit die Landwirtschaft zu diesen Investitionen gezwungen werden, dann müssen die Kosten zur Gänze von der Bundesregierung übernommen werden.



KR ÖR Johann Großpötl

Offset- und Digitaldruck



**Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH**  
Viktor-Franz-Straße 9, A-8051 Graz  
T (0316) 68 52 55, rehadruck@rehadruck.at, www.rehadruck.at, f



## Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Bauern sind Profis auf dem Feld und im Stall, für ihr Recht müssen die Rechtsexperten ran. Und da ist halt nicht jeder Profi, wenn es um landwirtschaftliche Spezialfälle geht. Doch woher soll der Bauer wissen, ob sein Rechtsbeistand wirklich topfit in der Materie ist? Wir vom UBV haben uns umgehört und echte Profis an der Hand. Wenn Sie also ein Rechtsproblem haben: Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte. Dazu eine Bitte: Rechtzeitig Kontakt aufnehmen, nicht erst wenn der Prozess schon fast verloren ist. Und noch ein heißer Tipp: Schließen Sie eine **Rechtsschutzversicherung** ab! Und überprüfen Sie Ihre Haftpflichtversicherung! Die Deckungssumme von 5 Mio. Euro ist empfehlenswert. Weitere Infos unter **office@ubv.at** oder WBV Wallner & Partner, 07435/54 121 22; matthias.wallner@wbv.at

Österreichische Post AG  
MZ 02Z030371 M  
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting

**Retouren bitte an:**

Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden? Hilfe bei **Fixzinsen**, Umschuldung, Leasing und Sanierung bietet

### Finanzmanagement

Mag. Franz Keplinger, 4020 Linz, GISA 30823020  
Tel: +43 677-6120 1934  
Kredite privat und gewerblich

### Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at  
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.